

Bürgerbegehren im Endspurt: Letzte Chance zur Kurskorrektur

Sozialer Wohnungsbau muss in städtischer Hand sein. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in städtischem Eigentum. Auch Kolleg*innen von Grünen und SPD wollen das. Die hier geplante Vereinbarung bedeutet aber genau das Gegenteil: Das ist ein Kuhhandel und ein schlechtes Geschäft für die Stadt und ihre Einwohner*innen. Der beste Weg, den schlechten Kuhhandel zu verhindern, ist ein Bürgerentscheid. Es wurden uns in den vergangenen Wochen viele Fragen gestellt. Hier sind unsere Antworten.

1. Werden durch das Geschäft nicht 24 Sozialwohnungen erhalten?

Zum einen kann man die Belegungsrechte auch anders sichern, ohne gleich das ganze Grundstück zu verkaufen. Zum anderen sind Belegungsrechte ein Stück Papier, das bekanntlich geduldig ist. Ein 3.000 qm großes Grundstück hingegen ist ein realer Wert, den man vernünftigerweise nicht aus der Hand gibt. Nur mit einem

solchen realen Wert ist es möglich, auf dem Immobilienmarkt überhaupt noch mitzureden. Würde die Stadt die seit langem vorgetragene Forderung der DKP/LL und der SPD verwirklichen, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, könnte sie auf dem Areal Gärtnerweg – Sankt Florianstraße – Parkstraße mehr als 24 bezahlbare Wohnungen in Eigenregie errichten. Sie müsste nicht ihr Tafelsilber verkaufen, um dafür rechtlich unsichere Belegungsrechte einzutauschen, aber die wirkliche Kontrolle über den Wohnungsbau einem profitorientierten Konzern zu überlassen.

2. Sicherung der Belegungsrechte in der Parkstraße auf 15 Jahre?

Hier wird nur das Argument aus dem Punkt (1) wiederholt. Die zusätzliche Information über die zeitliche Begrenzung der Belegungsrechte ist aber aufschlussreich: 15 Jahre. Das ist im Immobiliengeschäft ein kurzer Zeitraum. Aber was kommt danach?

Worum geht es?

Die Stadt Mörfelden-Walldorf beabsichtigt, ein wertvolles Grundstück in der Parkstraße 35-41 an die Baugenossenschaft Ried zu verkaufen. Dieser gehören die Mietshäuser, die auf dem Grundstück stehen. Der Verkauf widerspricht der Vernunft. Diese gebietet es, solche „Filletstücke“ in öffentlichem Eigentum zu halten, anstatt sie dem völlig außer Rand und Band geratenen Immobilienmarkt zu überlassen. Um der Stadt das Geschäft schmackhaft zu machen, hat ihr die BG-Ried den Verkauf der Markthalle am Mörfelder Rathaus angeboten. (Dalles-Café u. a.). Die für das Geschäft aufgerufenen Preise sind für die Stadt nachteilig. Die Preisgrundlage für das Grundstück in der Parkstraße soll der Bodenrichtwert sein, der bei 550€/qm liegt. Zusätzlich ist noch ein „Rabatt“ für die BG-Ried vorgesehen. Das ist die Hälfte des durchschnittlichen ortsüblichen Preises (Siehe Grafik auf Seite 2). Die BG-Ried möchte für die Kleinmarkthalle etwa 700.000€ haben. Das ist fast das Dreifache des Verkehrswertes der von Fachleuten geschätzt wurde. Die Immobilie ist in die Jahre gekommen und eine Grundsanierung ist überfällig. Die Stadt möchte die „Gelegenheit“ nutzen und denkt darüber nach, dort ein mehrstöckiges Wohngebäude zu errichten. Der Charakter des Platzes, der sich zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt hat, würde in Frage gestellt. Der Beschluss erfolgte „hinter verschlossenen Türen“ und wurde erst vor wenigen Wochen auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht.

Ein Dank an alle Leser*innen die schon unterschrieben haben.

Auch in diesem blickpunkt finden Sie wieder eine Unterschriftenliste mit „Gebrauchsanweisung“

Wir freuen uns über jede Unterstützung



Soll so bald der Platz vor dem Rathaus aussehen? Der Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen wird durch die ca. 6 neuen Sozialwohnungen nicht behoben. Der allseits beliebte Treffpunkt aber wäre nachhaltig beeinträchtigt, das Stadtzentrum würde an Lebensqualität verlieren.

3. 25 Jahre Belegungsrechte bei Wohnungsneubau durch die BG Ried?

Noch mal das gleiche Argument. Auch hier gilt: Zum einen sind auch 25 Jahre keine lange Zeit, wenn es um Wohnungen geht. Und auch hier muss die Frage gestellt werden, ob der Tausch eines wertvollen Grundstückes gegen rechtlich unsichere Belegungsrechte vernünftig ist. Was die Koalition hier macht, ist wie das Grimm'sche Märchen vom „Hans im Glück“, der einen Klumpen Gold zuerst gegen ein Pferd tauscht, dieses gegen ein Schwein, dieses gegen ein Gans. Am Schluss hat er nur noch zwei Steine, die er auch noch verliert.

4. Wirtschaftliche Vorteile bei geplanter Bebauung des städtischen Grundstücks am Gärtnerweg?

Jetzt springt die Argumentation zu einem ganz anderen Thema. Jetzt geht es um die Bebauung des „Feuerwehrgeländes“, also des Grundstücks, das nördlich an das Grundstück anschließt, das an die BG Ried verkauft werden soll. Niemand hat etwas dagegen, dass man zur Entwicklung eines neuen Wohngebietes, nach Wegzug der Feuerwehr in ihr neues Gerätehaus, über einen Partner nachdenkt.

Aber warum muss man dann zuerst die Hälfte des Gesamtareals an diesen Partner verkaufen, und dadurch die eigene Verhandlungsposition und die eigenen Einflussmöglichkeiten von vornherein schwächen? Warum behält man nicht das Grundstück und sichert sich dadurch die Möglichkeit, sowohl das Parkstraßen-Areal als auch das Feuerwehrgelände als Gesamtfläche zu bebauen, und zwar in städtischer Regie?

5. Reelle Bewertung der Tauschobjekte?

Die Stadtverwaltung möchte das Grundstück zum Bodenrichtwert verkaufen. Der beträgt € 550,00 / qm. Aktuell beträgt jedoch der tatsächliche Marktwert, der durchschnittliche Kaufpreis für Grundstücke in Mörfelden-Walldorf 1.096€ pro Quadratmeter (nach anderen Quellen sogar bei über 1500€ pro Quadratmeter) dabei liegt der Preis pro Quadratmeter der teuersten Grundstücke (90% Quantil) bei € 1.724 und der Quadratmeterpreis der günstigsten Grundstücke (10% Quantil) bei € 623.

Von einer „reellen Bewertung“ kann deshalb keine Rede sein. Das umgekehrte gilt für die Wertermittlung der Kleinmarkthalle: Befragte Fachleute haben den Verkehrswert des in die Jahre gekommenen und dringend sanierungsbedürftigen Gebäudes übereinstimmend auf maximal € 200.000 geschätzt. Die BG Ried möchte aber von der Stadt ein Mehrfaches davon haben.

6. Die Stadt gewinnt: Positiver Ertrag für die Stadt durch das Tauschgeschäft von € 750.000

Von einem reellen „Tauschgeschäft“ kann eigentlich gar nicht die Rede sein. Das Angebot der BG Ried, die Stadt könne im Gegenzug die Kleinmarkthalle am Dalles übernehmen, ist nichts weiter als ein „Zuckerli“, das der Stadt von der BG Ried als Lockmittel für den Verkauf des 3.000 qm großen Grundstücksin der Parkstraße angeboten wird. Denn das ist es, was die BG Ried unbedingt in die Hand bekommen will. Mal abgesehen davon, dass die Grünen hier die „Katze aus dem Sack“ lassen, was Preise betrifft, deren Geheimhaltung von der Opposition unter Strafandrohung verlangt wird. Die Grundstücksgröße in der Parkstraße ist bekannt, der Bodenrichtwert auch, dazu gibt es, wie man hört, noch einen kleinen „Rabatt“, also erzielt die Stadt ca. € 1.450.000 für die Parkstraße. Wenn der Gewinn € 750.000 beträgt, müsste die Kleinmarkthalle mit € 700.000 bewertet worden sein, damit diese Summe übrigbleibt. Das soll ein gutes Geschäft sein?

7. Die Stadt hat sofortigen Zugriff auf die Kleinmarkthalle, nicht erst in 10 Jahren

Zehn Jahre sind in städtebaulicher Hinsicht ein kurzer Zeitraum. Warum nicht die 10 Jahre abwarten? Dann läuft der Erbbaupertrag mit der BG Ried ohnehin aus. Und planen kann man doch jetzt schon. Und die Bürger einbeziehen. Dazu muss man das Bauwerk nicht besitzen – und schon gar nicht 700.000 Euro dafür ausgeben.

8. Weitere Belebung am Rathausplatz kann sofort geplant werden

Zum einen kann man ohne weiteres schon jetzt planen, wie in Punkt (7) festgestellt. Und ob die angedachte Wohnbebauung anstelle der Kleinmarkthalle wirk-

lich eine Belebung darstellt, und nicht eine Gefährdung des gesamten Charakters des als Treffpunkt beliebten Platzes, sei dahingestellt. Auf jeden Fall muss die Einwohnerschaft in die Planung einbezogen werden, und es muss ein vernünftiges Gesamtkonzept für den Dalles geben, bevor hier irgendetwas verändert wird. Die Eile, mit der der Ankauf der Kleinmarkthalle durchgezogen werden soll, ist auf jeden Fall unvernünftig.

9. Möglichkeit zu Wohnungsbau am Dalles, zusätzlich zu Läden und Café?

Eine Wiederholung von Punkt 8. Und ob man den Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen dadurch behebt, dass man einen belebten Platz zubaut, ist mehr als fraglich.

Es gibt genügend andere Möglichkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu gewinnen.

Schon lange stehen in der Dieselstraße und in der Schubertstraße Wohnungen leer, die der Stadt gehören, oder für die sie Belegungsrechte hat. Generell stehen im Stadtgebiet hunderte von Wohnungen leer, davon allein in der Mörfelder Innenstadt über 15 Häuser. Es gibt mittlerweile Möglichkeiten, diesen Wohnraum im Einvernehmen mit den Eigentümern einer Nutzung zuzuführen, z. B. über das Viernheimer Modell. Die Stadt weigert sich aber bis heute, auch unter grüner Führung, die

Mörfelden-Walldorf in Hessen



Demografische Daten von Mörfelden-Walldorf

Eigenschaft	Wert
Einwohner in Mörfelden-Walldorf	32.383
Preis pro m ² in Mörfelden-Walldorf	1583,15 €
Angebotene Fläche bei Mörfelden-Walldorf	59.040 m ²
Anzahl Angebote in Mörfelden-Walldorf	21

Das ist die Realität auf dem außer Rand und Band geratenen Immobilienmarkt (Stand 21.11.2021). Aber die Grünen wollen ein städtisches Grundstück von annähernd 3.000 Quadratmetern, das kein vernünftiger Mensch unter diesen Bedingungen aus der Hand gibt, zu weniger als dem halben Marktpreis verkaufen

[https://grundstueckspreis.de/stadt/moerfelden-walldorf/Stand 21.11.21](https://grundstueckspreis.de/stadt/moerfelden-walldorf/Stand%2021.11.21)

Anwendbarkeit dieses Modells für Mörfelden-Walldorf auch nur zu prüfen. Dazu kommt: Wer soll die geplanten Wohnungen am Dalles bauen?

Die Stadt hat keine Wohnungsbaugesellschaft. Es würde also wieder von einer kommerziellen Gesellschaft gebaut. Es würde ein Bau mit 3-4 Stockwerken entstehen, der maximal 6 Sozialwohnungen enthielte. Die sind dann in 20 Jahren wieder aus der Sozialbindung draußen. Und wie geht es dann weiter? Würde man dann den ganzen Dalles verkaufen, um diese Belegungsrechte noch für ein paar zusätzliche Jahre zu sichern? Und dann?

10. Erhalt der Bäckerei am Dalles gesichert?

Die Begründung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung spricht eine andere Sprache:

„Die vorhandene, als Kleinmarkthalle genehmigte Fläche, die schon seit langer Zeit nicht mehr in diesem Sinne genutzt wird, ist für eine gastronomische Nutzung nur bedingt geeignet. Durch das ungünstige Verhältnis von Gesamtbruttofläche zu nutzbarer Nettofläche ist ein nachhaltig wirtschaftlicher Betrieb der Gastronomie perspektivisch kaum möglich“. Da ist kein weiterer Kommentar vonnöten.

Was bleibt zu sagen?

Das Kernanliegen der DKP/LL ist ein Kurswechsel der Stadt in der Wohnungspolitik. Es geht darum, dass die Stadt aktiv Bodenbevorratung betreibt, damit sie überhaupt noch ein „Faustpfand“ hat, um auf dem Immobilienmarkt mitreden zu können. Das schrieben auch die Grünen in ihrem Wahlprogramm für die Kommunalwahl im März 2021 (S. 6): „Konsequente Bevorratung von städtischen Grundstücken für zukünftige Planungsvorhaben, z.B. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“.

Offensichtlich sind hier aber Wort und Tat weit voneinander entfernt.

Uns geht es auf jeden Fall darum, dass die Stadt in eigener Regie bezahlbare Wohnungen errichtet. Es geht darum, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, um diese Politik durchführen zu können. Es geht



Hans im Glück - ein Märchen der Brüde Grimm. Hans erhält als Lohn für sieben Jahre Arbeit einen kopfgroßen Klumpen Gold. Diesen tauscht er gegen ein Pferd, das Pferd gegen eine Kuh, die Kuh gegen ein Schwein, das Schwein gegen eine Gans, und die Gans gibt er für einen Schleifstein mitsamt einem einfachen Feldstein her. Er hat immer das Empfinden, zu seinem Vorteil zu tauschen, und fühlt sich vom Glück bevorzugt. Zuletzt fallen ihm noch, als er trinken will, die beiden schweren Steine in einen Brunnen.

darum, den Wohnungsbau nicht den Immo-Konzernen zu überlassen. Ein Verkauf des Parkstraßengrundstückes an einen Wohnungsbaukonzern, gleich zu welchem Preis oder unter welchen Bedingungen, beraubt die Stadt ihrer Verhandlungsposition und macht eine mögliche Politik „Wohnungsbau in kommunaler Hand“ von vorneherein zunichte.

Der Wohnungsmarkt darf nicht der Spekulation überlassen werden.

Die Stadt sollte danach streben, wieder vermehrt Grund und Boden zu erwerben, um selbst sozialen Wohnungsbau

betreiben zu können. Tut sie das nicht, gerät sie eine Abwärtsspirale: Privatwirtschaftliche Unternehmen bauen Mietwohnungen, von denen nur höchstens ein Drittel Sozialwohnungen sind. Die der Stadt eingeräumten Belegungsrechte laufen nach einem bestimmten Zeitraum aus. Dann sind sie verhandelbar. Für ihre Beibehaltung muß die Stadt einen Preis zahlen, der fast immer im günstigen Verkauf weiterer Grundstücke an das Bauunternehmen besteht.

Hier muß die Notbremse gezogen werden, um einen Kurswechsel der Stadt herbeizuführen.

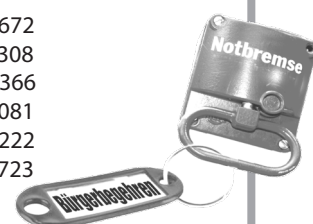
Kein Ausverkauf von städtischem Besitz

**Möchten Sie beim Sammeln von Unterschriften helfen?
Noch bis zum 8.12. kann gesammelt werden.**

Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an buengerbegehren.notbremse@t-online.de oder wenden Sie sich telefonisch an eine/n der Unterstützer*innen:

Silke Baumann, Mörfelden	0160 154 2672
Fiona Beyermann, Walldorf	0176 2009 4308
Gerd Schulmeyer, Mörfelden	06105-23366
Herbert J. Oswald, Walldorf	06105-946081
Dietmar Treber, Mörfelden	0177 215 0222
Tim Beyermann, Walldorf	0172 898 0723

Wir freuen uns über Ihre Hilfe!



Im Andenken an Heinz Hechler: Eine Geschichte aus den letzten Tagen des 2. Weltkrieges



Die „Dickwurz“-Wand

Wie wird das Ende dieses furchtbaren Krieges einmal aussehen - fragten sich viele Menschen und sehnten diesen Tag herbei. Millionen erlebten ihn nicht mehr. Millionen kamen nach jahrelanger Not und Entbehrungen in die Kriegsgefangenschaft. Auch die Zivilbevölkerung wurde auf das Schlimmste vom Krieg heimgesucht und mußte Tag und Nacht Bombenangriffe über sich ergehen lassen. Die Mütter hatten kaum noch das Nötigste für ihre Kinder zum Essen - jeder wollte endlich Frieden, keine Ängste mehr ausstehen. Man wollte nachts wieder durchschlafen und einigermaßen satt essen. Vor allem aber wartete man auf die Rückkehr der in alle Welt verstreuten Söhne, Väter und Brüder.

Trotz der sich anbahnenden totalen Vernichtung drohten die Nazis immer noch Phrasen von einer Wunderwaffe und schickten Kinder und Greise an die Front. Aus dem Kreis Groß-Gerau fuhren im Oktober 1944 Sonderzüge mit Buben und Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren an den Westwall. Sie sollten dort mit dem Ausheben von Schützen- und Panzergräben die Front aufhalten.

„No Future“ für Arbeiterjugend

Die zukünftige Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP bezeichnet sich selbst als „Fortschrittskoalition“. Diese Eigenbeschreibung vermittelt den Eindruck, dass die Ampel doch nicht nur die Interessen der Banken und großen Konzerne vertritt. Hat die Politik von „Rot-Grün-Gelb“ tatsächlich Fortschritt und reale Verbesserungen für die arbeitenden Menschen im Land zu bieten?

Während der Klimaschutz als Forderung von „Fridays for future“ im Sondierungspapier breiten Raum einnimmt, wird die Arbeiterjugend mit einem „No future“

Aber man hat das Leben und die Gesundheit dieser Kinder und Jugendlichen mit miserabelsten Quartieren, mit primitivsten Einrichtungen und während der ständigen Luftangriffe aufs Spiel gesetzt. Auch ich gehörte, damals 16jährig, zu denen und freute mich, als wegen des Näherrückens der Front die Heimfahrt angetreten wurde. Jedoch an ein Weiterlernen und Abschließen einer Lehre war nicht zu denken. Kaum zu Hause angekommen, wurden wir in sogenannte Wehrrüchtigungslager und anschließend zum Arbeitsdienst eingezogen. Im Februar 1945 kam dann erneut ein Stellungsbeehl. Eine Gruppe junger Mörfelder, alle um die 15 und 16 Jahre alt, trafen sich morgens mit ihren Holzkoffern und Pappkartons am Bahnhof. Schon in Frankfurt brachten Fliegerangriffe längere Unterbrechungen. Dasselbe fand nochmals in Idstein im Taunus statt, wo durch Jagdflieger die Lokomotive außer Gefecht gesetzt wurde. Abends erst sollte es vom dortigen Bahnhof aus weitergehen in Richtung Paderborn. Keiner war mehr kriegsbegeistert und alle hatten große Angst vor dem, was noch auf uns zukommen würde.

Auf dem Bahnhof liefen zwei Züge ein, einer in Richtung Front und der andere in Richtung Heimat, nach Frankfurt. Ein kurzes Zögern - und die Mörfelder stiegen in den heimwärts fahrenden Zug. In Frankfurt angekommen wieder Alarm, stundenlang Aufenthalt im Bahnhofsbunker, Suchen der Bahnhofskommandantur, damit der Einberufungsbeehl seinen notwendigen Stempel bekam (wegen Fliegeralarm Weiterfahrt verhindert). Am nächsten Tag wieder zu Hause. Freude bei den Müttern, aber auch Angst vor Repressalien der Nazis. Immerhin wieder ein Tag Verzögerung, wieder ein Tag dem Kriegsende näher, dachten wir. Am nächsten, oder übernächsten Tag, über Umwege nach Darmstadt und dort erneut Meldung bei einem Standortoffizier mit der Angabe, daß wir das Ziel wegen ständiger Luftangriffe nicht erreichen konnten. Erneuter Marschbeehl mit neuem Ziel, aber die Mörfelder Jugendlichen fuhren wiederum nach Hause, um Zeit zu gewinnen. Unterwegs Luftangriffe, Deckung in zerbombten Gebäuden und alten Kellern in Darmstadt und zu Fuß nach Hause.

abgespeist. Die von der Gewerkschaftsjugend geforderte Ausbildungsgarantie mit Umlagefinanzierung findet im Papier keine Erwähnung, obwohl noch nie weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden als im vergangenen Jahr und nicht einmal 20 Prozent der Betriebe aktuell noch ausbilden.

Stattdessen findet man die nichtssagende Formulierung: „Wir wollen die Jugendberufsagenturen optimieren und ausbauen und eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg bringen.“ Klarheit besteht jedoch in der Position, dass man einerseits an der Schul-

Ich höre heute noch die Mutter rufen: „Ei, Bub, Du kommst ja schon wieder.“ Angst und Freude mischten sich in diesen Äußerungen. Erst einmal wieder zu Hause schlafen - das war unser einziger Gedanke. Am nächsten Tag neue Meldungen von der näherrückenden Front, es kann nun nicht mehr lange dauern.

So wird im Familienrat beschlossen, „der Heinz bleibt jetzt da!“ Nur bleibt die Frage, wie man ihn schützt vor den Häschern der Nazis. Täglich gibt es Truppenbewegungen auch in unserer Gemeinde und die Militärpolizei fuhr nun öfter durch die Straßen um kriegsmüde Zivilisten aufzustöbern. Sie ermordeten in den letzten Minuten junge Menschen auf viehische Weise. An der Bergstraße hängte die SS Jugendliche an den Straßenbäumen auf und ganz in unserer Nähe am Kornsand wurden 6 Menschen erschossen. In diesen Stunden wurde der Entschluß gefaßt: da hilft nur ein gutes Versteck im Keller. Hinter einer Wand von Rüben „Dickwurz“) wurde ein Lager hergerichtet. Hier mußte ich nun einige Zeit ausharren. Durch ein paar herausgezogene Rüben reichte man das Essen und für etwas Wärme sorgte eine Bettflasche. Was die Mütter in diesen Tagen durchmachten, kann man erst nach Jahren verstehen. Angst um den Mann, von dem es schon lange keine Nachricht gab, Angst um die Kinder bei ständigen Luftangriffen, Angst um das eigene Leben. Draußen auf der Straße suchten die SS und die Feldgendarmarie nach flüchtenden und versteckten Soldaten. Endlich rückte die letzte Stunde des Krieges auch für Mörfelden näher. Kinder, Jugendliche und Rentner werden noch kurz vorher zum Volkssturm eingezogen. Die zurückflutende Wehrmacht sprengte alle Brücken an der Autobahn. Viele versteckten sich die letzten Stunden im Wald. Dann kam der 25. März 1945, ein Sonntag. Nachmittags donnern die ersten amerikanischen Panzer durch die Straßen. Erst jetzt kann das Versteck im Keller verlassen werden. Aufatmen - für uns war der Krieg zu Ende.

Mehr unter:

www.dkp-mw.de/50danach.php
www.youtube.com/watch?v=vrFzIMQYv7c

denbremse festhalten will und gleichzeitig auf eine angemessene Besteuerung der Superreichen und großen Konzerne verzichtet. Da allein mit KfW-Krediten, Schattenhaushalten und Sonderabschreibungen die beschriebenen „Zukunftsinvestitionen“ nicht zustemmen sind, werden wohl am Ende wieder die „kleinen Leute“ zur Finanzierung herangezogen. Ergebnis dieser Politik wird sein, dass nicht wenige Lohnabhängige die Vernichtung des eigenen Arbeitsplatzes mit den von ihnen gezahlten Steuergeldern bezahlen.

Nur Zyniker bezeichnen dies als Fortschritt.

Den ganzen Kommentar könnt ihr lesen auf: www.unsere-zeit.de/no-future-fuer-arbeiterjugend-163032/

Aus der Stadtverordnetenversammlung

Wie steht es um den Grundbesitz der Stadt?

Das Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf städtischen Eigentums hat Fahrt aufgenommen. Es geht darum, den Immobilienbesitz der Stadt zu vergrößern, und nicht zu verkleinern. Vieles ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die DKP/LL-Fraktion bemüht sich um Klärung und hat eine umfassende Anfrage mit 13 Fragen gestellt. Darunter folgende:

Wann und wie ist die Baugenossenschaft RIED in den Erbpachtvertrag „Parkstraße“ gekommen - der uns vorgelegte Vertrag aus 1972 nennt eine andere Erbbauberechtigte - warum wurde der Vertrag dahingehend geändert und welche weiteren Änderungen wurden in der bisherigen Laufzeit am Erbbaupachtvertrag vorgenommen?

Auf welcher Grundlage will die BG RIED die Belegungsrechte der Stadt für die 24

Bestandswohnungen in der Parkstraße 35-41 am 31.12.2021 beenden?

Von wem ging die Initiative zur Auflösung der Erbpachtverträge „Parkstraße“ und „Kleinmarkthalle“ aus und wurde „Unwirtschaftlichkeit“ geltend gemacht?

Die Belegungsrechte der Stadt sollen um maximal 15 Jahre verlängert werden. Wenn in diesem Zeitraum ein gemeinsames Wohnbau-Entwicklungsprojekt auf den Weg gebracht wird, längstens bis zum Abriss des Altbestandes.

Was ist, wenn kein gemeinsames Wohnbau-Entwicklungsprojekt auf den Weg gebracht wird und die BG RIED nur daran interessiert ist, das Grundstück in der Parkstraße möglichst billig zu kaufen und die Kleinmarkthalle am Mörfelder Rathaus möglichst schnell und möglichst teuer loszuwerden?

Wie und von wem wurde der Wert der als unwirtschaftlich zum Abriss vorgesehenen „Aufbauten“ auf dem Grundstück Langgasse 48 („Kleinmarkthalle“) ermittelt und warum wurde kein Wertgutachten vorgelegt?

Welche Alternativen zu dem als „Grundstücksgeschäft/-tausch“ bezeichneten Verkauf des Grundstücks in der Parkstraße und dem Kauf der „Kleinmarkthalle“ wurden geprüft und wie wurden dabei die Rechte als Erbpachtgeber berücksichtigt?

Wann will die Stadt die Kleinmarkthalle abreißen und an welche Form der „Bürgerbeteiligung“ ist bis dahin gedacht?

Außerdem verlangen wir von der Stadt in einer zweiten Anfrage zur nächsten Sitzung eine Auflistung aller in Erbpacht befindlichen Grundstücke. Wie wird der Vertragsverlauf bei Erbpachten (Einhaltung der Rechte und Pflichten) überwacht und dokumentiert?



Alles Sportwetten oder was?

Der Dalles ist das Herz von Mörfelden und prägt das Stadtbild. Leider gab es in den letzten Jahren (Westendstraße, Steinweg, Langener Straße, Bahnhofstraße) einen Wildwuchs von Umbauten ohne ein planerisches Gesamtkonzept. Schreiende Reklamemacherei anstatt durchdachter Gestaltung. Eine ungute Entwicklung. Die Stadt hat keine Vision für den Stadtkern und nutzt nicht ihre Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen.

Einige dieser Läden haben sich gut etablieren können. Aber es gibt natürlich auch „Geldwäscherei“. Dahinter stecken dann größere Zusammenhänge, die den Strafverfolgungsbehörden bekannt sind. Mancher versucht die Lage auszunutzen, um Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Wir bekommen oft - vor allem von älteren Menschen ohne Auto - Klagen zu hören. Man möchte Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs einkaufen. Aber es gibt dafür keine Möglichkeiten mehr - dafür aber immer mehr „Sportwetten“ und ähnliche Läden. Andere Städte haben die gleichen Sorgen, gehen aber planvoll an diese Probleme heran. Die Stadt Hanau reagiert z.B. entschlossen auf die Herausforderungen, die sich wohl den allermeisten Innenstädten hierzulande massiv stellen: Umsatzrückgang, Qualitätsverlust, Leerstand. In unserer Stadt gibt es offenbar keine Überlegungen und neue Ideen, die Innenstadt aufzuwerten. Wir werden an diesem Thema dran bleiben.



Anti-soziale Absperrung

Öffentliche Plätze sind in Städten häufig ein Ort des Zusammenkommens. Hier trifft man Freunde, auf den Bänken kann man die Beine hochlegen. Sind solche Plätze nicht nutzbar, fällt in den Stadtteilen um sie herum ein wichtiger Teil des öffentlichen Lebens weg. Hier ist der Salvador-Allende-Platz schon seit fast einem Jahr durch Bauzäune abgesperrt. Sowohl die Bänke als auch die dort stehende Tischtennisplatte sind nicht mehr nutzbar. Es ist nicht ersichtlich warum.

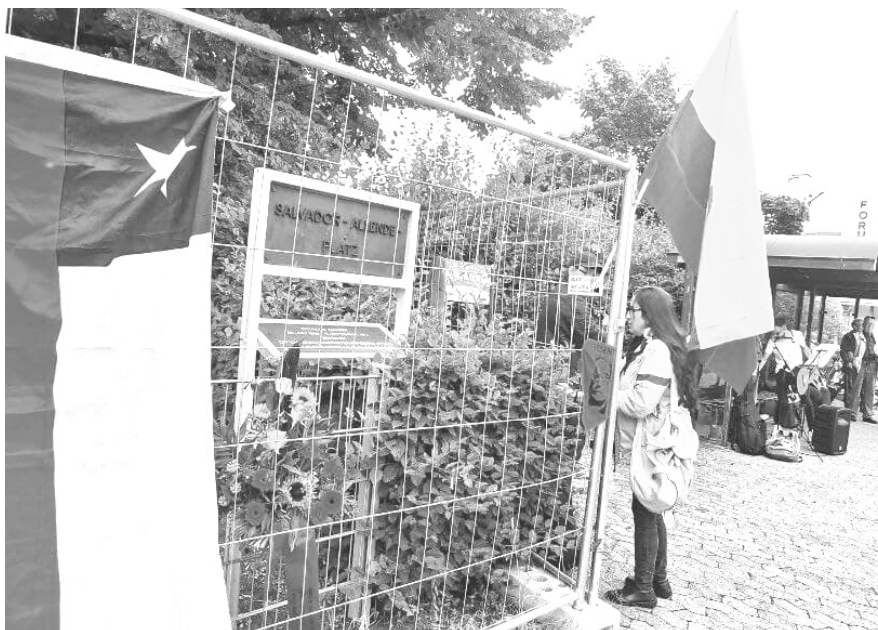
Auf dem Platz gibt es keine Baustelle, auch die umstehenden Bäume drohen nicht umzufallen.

Warum also ist der Platz abgesperrt? Eine Erklärung könnte sein, dass bauliche Maßnahmen vorgenommen werden sollen aber noch nicht begonnen haben. Im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“, welches bereits 2019 in den Startlöchern stand und einen Zugriff auf Fördermittel von Bund und dem Land Hessen für das Realisieren sozialer Projekte schaffen sollte, ist

auch der Allendeplatz für einen Umbau vorgesehen. Ist das Absperrern also ein erster Schritt in diese Richtung? Glauben wir aber nicht. Wir denken, dass etwas anderes dahinter steckt. Der Allendeplatz ist durch seine Nähe zum Netto, um dessen Erhalt die DKP erbittert gekämpft hat, oftmals ein Treffpunkt für Leute, die dort „mal einen nehmen“, häufig laut sind und Müll hinterlassen. Da ist es für die Stadt am einfachsten, den Platz abzusperren. So kann ihn eben einfach gar niemand mehr nutzen.

Anstatt einen Streetworker zum Allendeplatz zu schicken, um ein Gespräch zu suchen oder auch Hilfe anzubieten, wird der Holzhammer geschwungen. Das Absperrern des Platzes führt nur dazu, dass sich diese Personen zum Trinken an einen anderen Ort suchen. Fest steht: so wie es aktuell um den Platz bestellt ist, kann es nicht weitergehen. Allen Anwohner*innen den Zugang zu dem Platz zu verwehren ist unsozial und hilft niemandem.

Wann wird der Platz wieder geöffnet?



Am Allendeplatz: Eingesperrtes Denkmal und ausgesperrte Jugendliche. Dass hier gebaut werden soll, kann die Stadt niemandem ernsthaft erzählen.

8.1.2022

Fahrt gemeinsam mit der SDAJ zur Luxemburg Konferenz nach Berlin.

Wir reisen am Freitag den 7. Januar 2022 mit dem ICE an und kommen am Sonntagabend wieder zurück. Die Zugtickets (35€) und die Konferenztickets (19€), bekommt ihr bei uns. Alle Kontaktadressen findet ihr auf Seite 8

Gibt es Bestrebungen, den Platz umzubauen?

Warum wurde der Platz auf diese Weise abgesperrt?

Ist man auf die umliegenden Anwohner*innen zugegangen und hat sie zu der Lage am Platz befragt?

Gleis 4

Der Jugendtreff
im KuBa



Am 17. Dezember ab 18:00 Uhr

Der KuBa hat noch offen! Unter Einhaltung der 2G Regel findet unser Kneipenabend weiterhin statt und auch das Team vom Kulturbahnhof hat richtig Bock!

Also kommt zum Jugendtreff in den KuBa:

Es warten free Wifi, Spotify Premium und günstige Getränke (ab 2€). Oder ihr sagt uns einfach, was eurer Meinung nach im KuBa abgehen sollte und plant den nächsten Abend mit uns zusammen.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Die Foto-Ausstellung über den Widerstand einer ganzen Region gegen den Bau der Startbahn/West gibt es im Mörfelder Kulturbahnhof noch bis zum 8. Januar 2022 zu sehen. Es lohnt sich. Fotos von der Eröffnung: Die „Dokumentaristen“ von links: Rudi Hechler, Walter Keber, Klaus Malorny, Dietmar Treber. Im Rollstuhl: Herbert J., Oswald.

„Die sich vor die Bäume stellten, waren auf der Höhe der Zeit!“ Lehren aus der Startbahnbewegung

Zum 40. Jahrestag der gewaltsamen Hüttendorfräumung gab es eine Reihe von Veranstaltungen. Eine gut besuchte Diskussion gab es im Kulturbahnhof Mörfelden. Rudi Hechler meinte gleich zum Anfang: „Wenn wir den Klimawandel sehen, dann hatten wir doch Recht, als wir uns damals vor die Bäume stellten!“

Ein Besucher schreibt uns: „Ich erlebte an diesem Abend eine sehr interessante Diskussion – allerdings fehlte mir ein wesentlicher Aspekt fast vollständig, der damals eine große Rolle in der Öffentlichkeit gespielt hatte. Es wurde zwar trefflich darüber gestritten, ob die Niederlage des Startbahnkampfes hätte vermieden werden können, mit welchen Methoden dies möglich gewesen wäre – aber der entscheidende Fakt wurde ausgeblendet: Als Gegner hatten wir es seinerzeit nicht nur mit Landesregierung und FAG etc. zu tun. Auf der anderen Seite standen – mehr im Hintergrund – die USA und die NATO mit ihrer aggressiven, auf Expansion und Roll-Back ausgerichteten weltweiten Militärstrategie. Im NATO-Langzeitprogramm von 1978 wurden die Punkte benannt, die auch den Frankfurter Flughafen direkt betrafen:

„Ausbau der Luftverkehrsleitorgane in den europäischen NATO-Staaten nach militärischen Gesichtspunkten; Ausbau der Flughafenkapazitäten... Vergrößerung des Umfangs der bereits in den europäischen NATO-Staaten ein-

gelagerten Waffen- und Ausrüstungsgegenstände...“

Großen Teilen der Bewegung wurde klar, dass es beim Startbahnkampf nicht nur um wirtschaftliche Interessen des Großkapitals ging oder allein um den Schutz der Umwelt, es ging auch in diesem eher lokal geführten Kampf um die weltweit dramatisch wachsende Kriegsgefahr. „Keine Startbahn für den 3. Weltkrieg“ war deshalb eine verbreitete Losung. Und so ergaben sich Synergien zwischen der Startbahnbewegung und der ebenfalls gerade erstarkenden Friedensbewegung, die beiden zugute kamen.

Wenn Dr. Michael Wilk am 4.11. in einem Redebeitrag darauf hinweist, in welcher Gefahr sich die Welt heute befindet und wie diese sich bereits in naher Zukunft zu einem Weltenbrand ausweiten könnte,

dann steht für mich fest: Diese Gefahrenlage erfordert von uns mehr und Anderes (!) als das fröhliche Schleudern von Farbbeuteln, wie es in der Diskussion nostalgisch verklärend propagiert wurde. Sie erfordert ein beharrliches Arbeiten, um die Breite der Bewegungen zu vergrößern, um Bewegungen zusammenzuführen und um Inhalte und Einsichten zu verbreiten. Ziel sollte die Herausbildung eines wachsenden gefestigten Potentials in der Bevölkerung sein, das weiß, dass es so nicht weiter gehen kann. Menschen, die auch bereit sind, dafür zu kämpfen. Mit einem Wort: Wir brauchen die radikale Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

Rudi Hechler brachte es bei der Veranstaltung auf den Punkt: „Bei der Entscheidung über Kampfformen und Methoden sollten wir immer darauf achten, ob wir am nächsten Tag dadurch stärker oder schwächer geworden sind.“ A. Seiderer

„Jobmotor Flughafen?“ Lufthansa hat schon 30.000 Mitarbeiter weniger

Der Jobabbau bei Lufthansa ist in vollem Gange. Ende des Jahres sollen noch 109.000 Mitarbeiter übrig sein. Trotz anziehender Nachfrage bleiben die Verluste hoch, schreibt die Presse.

Bis zum Jahresende werden 29.000 Stellen weggefallen sein, bestätigte eine Unternehmenssprecherin. Übrig bleiben demnach noch 109.000 Mitarbeiter. Im Ausland werden über 20.000 Jobs gestrichen. Im nächsten Jahr sollen in Deutschland weitere 10.000 Stellen abgebaut werden. In der Presse: „Die Lufthansa musste vom Staat vor der Pleite gerettet werden und hat zu viel Personal an Bord für eine langfristig verringerte Nachfrage. Die Stellenzahl soll auf knapp 100.000 sinken, bevorzugt über Teilzeit und freiwillige Abgänge, aber auch über betriebsbedingte Kündigungen. Zudem müssen Beschäftigte Sparbeiträge leisten und etwa auf Teile ihres Einkommens verzichten.“

Stadtgeschichten



Der Gundhof ist ein historischer Ort, der ganz am Anfang der Geschichte Walldorfs steht. Das Dorf Guntheim wurde in merowingischer Zeit (481 – 560) als fränkische Militärokolonie an der Kreuzung alter Römerstraßen im Wald nordöstlich des heutigen Walldorf gegründet. Im Jahr 1307 wurde es unter dem Namen „Villa Guntheim“ erstmals urkundlich erwähnt. Es gehörte damals zu Kurmainz. Der „Gunthof“ lag in der Nähe. Er war isenburgisches Hoheitsgebiet, und kam im 15. Jahrhundert durch Erbteilung zu Guntheim. Seit 1630 gehörte die Siedlung dem Landgraf von Hessen. Das Dorf hörte 1647 auf zu bestehen und wurde zu einer „Wüstung“. Im 17. Jahrhundert wurden Protestanten aus dem französischen und katholischen Herzogtum Savoyen vertrieben. Eine Gruppe von ihnen erreichte im Juni 1699 die protestantische Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und wurde auf dem Gundhof aufgenommen. In einer Denkschrift, die der Pfarrer Jacques Papon am 18. Mai 1701 im Namen von 14 Familien an den Landesherrn schrieb, lesen wir von „brachliegendem Land, das seine Durchlaucht ihnen gerne als ihr Eigenes geschenkt hat, zwischen Mörfelden und dem Gundhof“ (Im Original: „terres en friche qu'il a plú S.A.S. de leur donner en propre entre Merfelden et le Gunthof“). Im Jahr 1702 beschlossen die vierzehn Familien (54 Personen), auf diesem Gelände ein eigenes Dorf zu bauen, das später den Namen Walldorf erhielt. Zu Ehren des Waldenserpfarrers Jacques Papon gibt es in Walldorf heute die „Pfarrer-Papon-Straße“. Der Gundhof ist seit 1770 als Wirtshaus dokumentiert. Als erster Pächter ist der Bauer und Wirt Hämmerlein benannt. Der Hof besaß damals ein zweistöckiges, Hauptgebäude, mehrere kleinere Stallungen und Scheunen sowie ein Kelter- und Backhaus. Er ist noch heute ein beliebtes Ausflugslokal.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Cocktailabend

Freitag, 03.12. 20:00 Uhr

Spielabend

Dienstag, 6.12./21.12.19:00 Uhr

Pubquiz

Freitag 17.12. 20:00Uhr

Lesung:

Die einzige Konstante im Universum ist die Veränderung
Samstag, 04.12.2021 20:00Uhr
10€ AK / 8€ VVK

Jam Session

Freitag 10.12. 20:00Uhr

Lesung: Charles Dickens; Ein Weihnachtslied in Prosa 06.12
20:00 Uhr 10€ AK / 8€ VVK

Gleis 4 der Jugendtreff
17.12 18:00Uhr

Heiligabendparty

Freitag 24.12. 22:00Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der hot soin Kobb
bloß dodefier, dass
es em net in
de Hals räjent.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:

